

Die Ausweisungen auf Grund des Sozialistengesetzes haben in den Jahren 1888 und 1889 nach der vom Minister Herrfurth mitgetheilten Uebersicht folgenden Umfang gehabt: Aus Berlin mit Umgebung ist 1888 eine Person, aus Hamburg, Altona-Harburg mit Umgebung sind 1888 fünf Personen, 1889 eine Person, aus Frankfurt a. M., Offenbach mit Umgebung 1888 fünf Personen, aus Leipzig mit Umgebung 1888 acht, 1889 acht Personen, im Ganzen 1888 neunzehn, 1889 neun Personen ausgewiesen worden. Außerdem hat eine Erneuerung der früher erfolgten Ausweisungen insoweit stattgefunden, als den Beteiligten der Aufenthalt in ihrem früheren Wohnorte nicht wieder gestattet worden ist.

Die mehrere Blätter wissen wollen, wäre die Umwandlung von Graudenz in eine große Lagerfestung ins Auge gefaßt, da Thorn weder strategisch noch taktisch ausreicht. In dem dürfte die entsprechende Vorlage den jetzigen Reichstag nicht mehr beschäftigen, man wird sich so helfen, daß die Kosten für die nöthigsten etwa in Ostpreußen auszuführenden militärischen Maßnahmen aus den bereits bewilligten Summen für strategische Zwecke bestritten werden.

Aus Sansibar wird gemeldet, daß beim Reichscommissar Wismann von vielen Seiten Gesuche um Abschluß des Friedens eingelaufen seien.

Die Budgetcommission setzte am Dienstag die Beratungen über das Reichsmilitärgesetz (Organisation zweier neuer Armee-corps) fort. Der Kriegsminister begründete die Vorlage; sie sei erwachsen aus dem inneren Bedürfnis der Armee und stehe in keinerlei Verbindung mit dem neuen französischen Wehrgesetz. Die vorgeschlagene Organisation sei als eine Art Abschluß anzusehen. Das Gesetz wurde nach empfehlenden Äußerungen der Abg. Freiherrn v. Huene und des Grafen Ballestrem einstimmig angenommen.

Vom Reichstag. Am Montag wurde im Reichstage die Stateberathung beim Etat des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Die Position zur Unterhaltung deutscher Postdampferverbindungen gab den Freisinnigen zu scharfer Kritik Anlaß. Insbesondere war es die Zweiglinie Sydney-Samoa, deren Unrentabilität und gänzliche Zwecklosigkeit die Abgg. Brömel, Dambinger und Richter nachzuweisen suchten. Staatssecretär v. Bötticher gab zu, daß der finanzielle Betrag dieser Linie den gehegten Erwartungen einstellweilen nicht entspreche, wies aber auf ihre politische Bedeutung hin. Abg. Sebbard konnte mittheilen, daß die australische Linie im Ganzen genommen bessere Resultate geliefert hat, als der Norddeutsche Lloyd für das erste Entwicklungsstadium angenommen hatte. Ein schließlich vom Abg. Richter gestellter Antrag, mit dem Norddeutschen Lloyd wegen Aufhebung der Zweiglinie Sydney-Samoa in Unterhandlung zu treten, wurde der Subgeltscommission überwiesen. Nach einigen Bemerkungen der Abg. Lingens und Hammacher zum Etat des Kommissars für Ueberwachung des Auswanderungswesens regte Abg. Baumbach eine Besserstellung der unteren Beamten des Statistischen Amtes an. Bei der Position des Gesundheitsamtes verursachte der Antrag des Abg. Barth wegen Aufhebung des Schweineeinfuhrverbots an der dänischen Grenze eine ausgebehnte Debatte. Abg. Birchow schien in seiner Befürwortung des Antrages die Zweckmäßigkeit solcher Sperren in veterinärpolizeilicher Beziehung überhaupt in Frage zu stellen. Abg. Kröber bestritt die Wirksamkeit der Maßregel unter dem Hinweis auf den Schmuggel. Beide Redner klagten über die Steigerung der Fleischpreise. Herr v. Bötticher rechtfertigte die Sperre unter dem Gesichtspunkte der Gesundheitspolizei, zeigte im Uebrigen, daß die Schweineeinfuhr aus Dänemark stets geringe Bedeutung gehabt habe, und gab eine Statistik des Schweinebestandes in Deutschland, die auf ein baldiges Wiederfallen des Fleischpreises Hoffnung gewährt. Für die Nothwendigkeit des Einfuhrverbotes traten noch die Abgg. Grub und Graf Mirbach ein. — Am Dienstag wiederholte gegenüber dem Abg. Buddeberg der Staatssecretär von Voitticher seine Ausführungen über das Schweineeinfuhr-Verbot und behauerte die Ausdehnung der Etats-Debatte; er könne umsonst auf politische Erwiderungen eingehen. Gegenüber dem Antrag Weßky (Zulassung der Schweinezufuhr zu deutschen Schlachthäusern) hat der Staatssecretär Bedenken, daß damit die gewünschte Sicherheit für die Gesundheit nicht gegeben sei, und hat, es bei dem Einfuhrverbot zu belassen. Abg. Windthorst kann die Aufhebung so lange nicht gutheißen, als die Seuche fortbesteht. Der Landwirtschafts-Minister von Lucius betonte, in Dänemark, wo im Jahre 1887 die amerikanische Schweine-Ruhr wahrhaft mörderisch aufgetreten sei, drohten immer neue Ausbrüche. Auch England sperrte zeitweise die dänische Einfuhr oder beschränkte dieselbe wenigstens auf einen Hafen. Der Umfang

der Seuche in den Ostländern sei wahrhaft enorm. In Ungarn seien augenblicklich 1144 Ortschaften inficirt. Selbst die österreichische Regierung mußte die Einfuhr aus Steinbruch verbieten. Die deutschen Regierungen wehrten sich gegen diese einschneidenden Maßregeln möglichst lange, sind sich aber ihrer doppelten Pflicht voll bewußt, den einheimischen Viehstand zu schützen und andererseits mit den Sperrmaßregeln nicht weiterzugehen, als unumgänglich notwendig sei. Der Antrag Barth sei unannehmbar, der Antrag Weßky unwirksam. Abg. Brömel verwahrt seine Fraction gegen die Kritik des Staatssecretärs von Voitticher über das langsame Vorschreiten der Stateberathung. Der Staatssecretär erklärte, er habe mit seiner Kritik keine einzelne Partie treffen wollen. Nach längerer Debatte, woran sich die Abgg. Hönßbrück, Friesen und Kröber beteiligten, wurden die Anträge Barth und Weßky gegen die Stimmen der Rationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt. Sodann wurde der Rest des Kapitels „Gesundheitsamt“ erledigt. Im Laufe der Debatte hatte der Staatssecretär v. Bötticher bezüglich der Gleichstellung der Gymnasien und Realgymnasien erklärt, der Bundesrath habe sich mit der Frage beschäftigt, insbesondere, ob den Realgymnasien das Studium der Medicin freizugeben sei. Gegenwärtig sei Angesichts der Ueberfüllung dieses Berufs eine Aenderung des Bestehenden nicht rathsam.

Belgien. Die Konferenz zur Berathung der Sklavereifrage ist am Montag Nachmittag unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußeren, Fürsten von Chimay, in Brüssel zusammengetreten.

Rußland. Der Großfürst Nikolaus, Onkel des Zaren und ehemaliger Oberbefehlshaber der russischen Armee im letzten Türkentriege, hat sich einer Halsoperation unterziehen müssen, wobei die Anwendung einer Kanüle notwendig war.

Bei der Russifizierung der Ostsee-Provinzen geht die russische Regierung mit einer geradezu unheimlichen Rücksichtslosigkeit vor. Der „Kreuz-Ztg.“ geht aus Petersburg ein Telegramm zu, nach welchem im russischen Reichsrath ein Gesetzentwurf eingebracht ist, dem zufolge vom Jahre 1892 ab in den Ostsee-Provinzen überhaupt keine Deutschen mehr als Beamte gebildet werden sollen. Die Annahme des Gesetzes könne als zweifellos gelten. (Und dabei hieß es noch ganz vor Kurzem, der Zar wünsche ein langsameres Tempo bei der Russifizierung!)

Balkanstaaten. Schakir Pascha, der Gouverneur von Kreta, soll um seine Abberufung gebeten haben. In Athen wird hinzugesetzt, sein Nachfolger werde ein Christ sein, und auf Kreta sei die Einführung von Reformen zu erwarten.

Die Verständigung zwischen Milan und Natalie, wonach letztere in ihrem eigenen Konak ihren ständigen Aufenthalt in Belgrad nehmen und den jungen König beliebig sehen kann, wird jetzt auch aus Belgrad bestätigt mit dem Zusatz, dieselbe sei durch Vermittelung des russischen Gesandten Persiani erfolgt. Die Apanage Milans würde dafür um die Hälfte erhöht, während seine persönlichen Schulden bei der Länderbank aus geheimnißvoller Quelle beglichen wurden. Dies wird wohl auch Milans hauptsächlichster Grund zu seiner versöhnlichen Stimmung gewesen sein.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 20. November 1889.

— In der gestern unter Vorsitz des Herrn Rendant Thost abgehaltenen Stadterordneten-Sitzung, in welcher 16 Mitglieder des Kollegiums, die Herren Thost, Rühlmann, Starke, Pietschmann, Einz, Muder, Schüge, Frisfke, Donat, Thieme, Thalheim, Kreyß, Nibel, Hammisch, Bretschneider und Nicolai, als Rathhsdeputirte die Herren Bürgermeister Kläber und Stadtrath Hynel anwesend waren, wurde Nachstehendes verhandelt und beschlossen:

1. Der Rathhsbeschuß, das Honorar für den Armen- und Krankenhausarzt in Anbetracht der von der kgl. Kreisauptmannschaft angeordneten regelmäßig jährlich zweimal wiederkehrenden ärztlichen Untersuchung der Ziehfinder von 300 auf 500 Mk. zu erhöhen, wurde einstimmig genehmigt.

2. Ebenso wurde dem Rathhsbeschuße, die Aufbesserung der von den Kopisten Gulig II, Diebrach, Kreyßmar und Kresse bezogenen Remunerationen auf 800 bez. 700, 250 und 250 Mk. betreffend, einhellig zugestimmt.

3. Dem Rathhsbeschuße über Herstellung von Wasserleitungsanlagen im Rathhause, in den 3 Schulgebäuden und im Armenhause zu den vorliegenden Kostenschätzungen wurde im Prinzip allseitig beigeppflichtet, hierzu jedoch beschlossen, den Stadtrath zu ersuchen, bezüglich der Ausführung und des Kosten-

punktes Konkurrenz eintreten zu lassen und dem Kollegium seiner Zeit über die offerirten Kostenschätzungen Bericht zu erstatten.

4. Der Gärtner Herr Moriz Naumann in Promnitz ist mit dem Stadtrath über Ankauf eines communitlichen Areals an der Paustger Straße, 10,000 Quadratmeter enthaltend, behufs Anlegung einer Kunst- und Handelsgärtnerei in Verhandlung getreten und hat für den Quadratmeter einen Kaufpreis von 1 Mk. geboten. Der Stadtrath hat beschlossen, das fragliche Areal nicht unter 2 Mk. pro Quadratmeter zu verkaufen. Dem Rathhsbeschuße wurde mit 10 gegen 6 Stimmen beigegetreten und hierzu von mehreren Seiten die Meinung zu erkennen gegeben, daß in Rede stehende Land zu Bauzwecken zu reserviren.

5. Der Rathhsbeschuß über Stellung eines Handarbeiters unter das Restantenregulativ wegen rückständiger Steuern wurde voreist abgelehnt und nach Kenntnißnahme der Sachlage beschlossen, den Stadtrath zu ersuchen, den Restanten nochmals durch den Bezirksvorsteher zur Zahlung auffordern zu lassen. Dagegen wurde dem Rathhsbeschuße, die Auguste Wilhelmine Verehel. Werner, geb. Feinze, wegen rückständiger Schulgelde unter das Restantenregulativ zu stellen, einstimmig beigegetreten.

Zum Schluß wurde noch auf eine Anregung aus der Mitte des Kollegiums beschlossen, dem Direktorium der „Rieser Straßenbahn-Gesellschaft“ für freundliche Einladung und ausgezeichnete Aufnahme bei Einweihung der neuerbauten Straßenbahn den Dank des Kollegiums auszusprechen.

Hierauf nach Vorlesen des Protokolls Schluß der Sitzung.

— Zur Erweiterung der Rangiranlagen und Berseugung der Wasserstation, sowie des Heizhauses auf hiesigem Bahnhofe werden in dem außerordentlichen Staatsaushaltsetat 535 700 M. seitens der Staatsregierung gefordert und diese Forderung in nachstehender Weise begründet: „Der seit dem Jahre 1878 von 20 175 t bis auf 228 406 t im Jahre 1888 angewachsene Elbumschlagsverkehr erfordert zum großen Theil umständliche Rangirarbeiten, welche durch den Transport nach den Transilagen, durch Verwiegen auf den Gleiswaagen und den Weiterverfracht von den Transilagern nach den Empfangstationen bedingt sind. Durch die wiederholte Befandlung eines Theils der Umschlagsgüter belief sich im Jahre 1888 für den Elbumschlag allein die Rangirarbeit auf die Bewegung von circa 80 000 beladenen und leeren Wagen. Infolge des raschen Zuwachses neuer Industrieanlagen und Niederlagsplätze ist auch fortgesetzt auf eine Zunahme gedachter Arbeiten zu rechnen. In unangesehener Steigerung ist ferner der Rieser Localverkehr begriffen gewesen. Derselbe hat im Jahre 1887 mit dem Elbumschlagsverkehre zusammen die Höhe von 405 252 t erreicht, so daß Riesa im Güterverkehre an achter Stelle der sächsischen Stationen rangirt. Zu diesem Verkehre kommt nun der bedeutende Transitverkehr, welcher namentlich seit dem Jahre 1885 eine starke Belastung der Station Riesa durch folgende Umstände herbeigeführt hat. Während vor 1885 der Güterverkehr auf der Linie Riesa-Esternwerda durch die fahrplanmäßigen gemischten Züge befördert werden konnte, verkehren seitdem noch 6 stark beladene Güterzüge anlässlich des über Riesa geleiteten Güterverkehrs Bayerns u. Berlin, Schleßen u. Der tägliche Zuwachs berechnet sich auf 500 bis 600 Achsen. Ferner mußten infolge der Eröffnung der Linie Moldau-Bienenmühle auf der Strecke Riesa-Rossen zwei neue Güterzüge eingelegt werden, neben welchen auch die gemischten Züge noch stärker als früher belastet werden, so daß ein täglicher Zuwachs von circa 150 Achsen zu verzeichnen ist. Voransichtlich wird sich bei der steten Zunahme dieses Verkehrs noch eine weitere Vermehrung der Güterzüge erforderlich machen. Eine ganz wesentliche Steigerung hat auch durch Transi- und Elbumschlagsgüter der Verkehr auf der Linie Riesa-Chemnitz erfahren. Auf derselben verkehren täglich 10 Güterzüge regelmäßig, und zwar in der Richtung nach Chemnitz fast nur als Doppelzüge, während noch vor einigen Jahren täglich einige Güterzüge ausfallen konnten und die übrigen nicht voll belastet waren. Der tägliche Zuwachs bezieht sich für diesen Verkehr auf circa 500 Achsen. Für einen so bedeutend angewachsenen Verkehr haben sich die seiner Zeit hierauf nicht berechneten Rangirarbeiten als unzureichend erwiesen. Bei der Nothwendigkeit, täglich 5000 bis 6000 Achsen auszuwechseln, traten mehrmals Verspätungen ein, die geladenen Wagen mußten an den Quais zurückgehalten werden, um erst Platz für dieselben auf dem Rangirbahnhofe zu schaffen und die Ordnung in der Beförderung erlitt eine solche Beeinträchtigung, daß geladene Wagen erst